

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich 18,- RM. Einmalige 10 Rpfg. Alle Postgebühren, Poständerungen und andere Zusätze sind zu jeder Zeit bei der Bestellung anzugeben. Im Falle höherer Steuern, insbesondere bei der Lieferung des Bezugspreises, - Rückzahlung

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Normalzeile 20 Rpfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpfg. pro Linie, die 2-spaltige Zeile 30 Rpfg. in der ersten Zeile 1 RM. Nachzahlungsgeld 20 Rpfg. pro Zeile. Sonstige Anzeigenpreise werden nach Maßgabe der Anzeigenpreise für den Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 17 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Donnerstag, den 21. Januar 1932

Das wahre Gesicht.

Wenn ein Staatsmann selbst, also jemand, der „zum Volk“ gehört, kürzlich sein Urteil dahin zusammenfaßt: „Ich bin sehr pessimistisch, was die Männer anlangt, die die Weltgeschichte machen,“ so schöpft Winston Churchill, selbst seit langem als führender Politiker und Staatsmann bekannt, diesen Pessimismus aus den Erfahrungen der letzten Jahre, besonders wohl aber der jüngsten Zeit. Daß wir Deutsche mit den gleichen, vielleicht noch mit drastischeren Erfahrungen auswarten können, zwang uns auch zu pessimistischen Erwartungen auf das, was der französische Ministerpräsident Laval vor der Kammer über die Frage der Tributrevision sagen würde. Vor allem, weil er sich zu der Erklärung Brünings über die deutsche Zahlungsunfähigkeit stellen würde, und wie nun eigentlich die ganze Sache mit der Reparationskonferenz verlaufen solle.

Nach den Erfahrungen, die wir Deutsche vor allem mit dem Auftreten Briand's vor der Kammer anlässlich des Streits um die deutsch-österreichischen Zollunionspläne gemacht haben, rechnete man mit einer scharfen Erklärung Lavals über die gegenwärtige Haltung Deutschlands zum Young-Plan und der Tributfrage überhaupt. Darüber ließ sich zu äußern, hat Laval aber fast ganz vermieden; er hat nur Andeutungen gemacht. Das ändert aber nichts an der Absoluten, immer wieder drastisch unterstrichenen Starrheit des französischen Standpunktes selbst, den Laval in dem Satz zum Ausdruck brachte, daß Frankreich „das Recht auf die Reparationen nicht verfallen lassen“ werde und man von den Franzosen keine „moralische Liquidierung“ zugunsten ihrer Schuldner verlangen könne. Und daß Frankreich nichts von seinem Guthaben opfern wolle „ohne einen gleichmäßigen Nachschuß der eigenen Schulden“. Da würde also selbst bei einem völligen Streichen der interalliierten Kriegsschulden an Amerika immer noch der unbedingte von Deutschland zu zahlende Teil der Young-Plan-Verpflichtungen und noch einiges andere für uns abzurufen, jener Teil also, den die Franzosen als die eigentlichen „Reparationen“, als die Kosten der „Wiedergutmachung“ des Kriegschadens betrachten oder zum mindesten als solche behandeln wollen.

Gerade an diesem Punkt setzte der Redner der Sozialistischen Partei, Leon Blum, ein. Vor allem und zuerst erklärte auch er, Frankreich könne auf das „Prinzip“ der Reparationen nicht verzichten; wenigstens vorläufig nicht — bis von einer internationalen Kommission erst einmal festgestellt worden ist, ob Deutschland tatsächlich die Kosten des Wiederaufbaus im Kriegsgebiet bezahlt habe. Blum hält französische Regierungsansprüche hierüber allein für nicht genügend, nicht ausreichend für eine solche objektive Feststellung. Falls dann die Entscheidung zugunsten der Deutschen aus, dann seien die französischen Sozialisten für die Befreiung Deutschlands von allen weiteren Zahlungen. Irigendein Widerspruch zu der Haltung Lavals ist auch bei diesem „Oppositions“führer nicht zu sehen oder zu hören.

In politisch höchst raffinierter Weise hat Laval bei seiner Ablehnung der Weltforderung, die Reparationen und Kriegsschulden endlich zu beseitigen, mit seiner Rede auch einen Ball aufgeflogen, der ihm aus gewissen englischen Kreisen zugeworfen worden ist: Hat Deutschland gar nicht mehr zu zahlen, dann ist es mit sehr viel geringeren öffentlichen und privaten Schulden belastet als die anderen Staaten und werde daher wirtschaftlich auf dem Weltmarkt mit gewaltiger, fast ungehemmter Kraft auftreten können. Davor wolle Laval die kommende Generation Frankreichs bewahren. Damit gibt er offen die sogenannten, die angeblichen „Reparationen“ und Schwächerhaltung Deutschlands, sind also wirklich und in Wahrheit nichts anderes als Tribute, damit wir auch wirtschaftlich nicht wieder zu Kräften kommen. Das ist doch wenigstens deutlich und unzweifelhaft! Laval ruft, um einer nicht unangenehmen, zum mindesten unangenehmen Isolierung Frankreichs entgegenzuwirken, die wirtschaftliche Eiferlust namentlich Englands und Amerikas auf als Bundesgenossin gegen Deutschland. Das zerreißt den letzten Schleier, der als „moralische Pflicht der Wiedergutmachung“ den brutalen Charakter der Kriegskredite verhüllen sollte. Jetzt stehen diese in ihrer ganzen schamlosen Nacktheit da. Sie sind das Werkzeug und sollen es bleiben, Deutschland auf Generationen hinaus nicht wieder hochkommen zu lassen.

Und so ist das einzige, das kümmerliche, was an Weltfrieden aus der Rede Lavals zu entnehmen ist, nur abtönen an die Periode der wirtschaftlichen Depressionen werden“ sollen. Das wußte man längst auch schon außerhalb Frankreichs! Aber die Entwicklung steht still und wenn nicht heute, so doch morgen oder übermorgen wird man das oben zitierte Wort Churchills verallgemeinern können mit dem zweiten Satz, daß er „sehr optimistisch denke über den von den Staatsmännern meist nicht geahnten Ausgang ihrer Unternehmungen“.

Sabotage der Endlösung

Die gefährdete Tributregelung.

Deutschland zahlungsunfähig mit oder ohne Konferenz.

Der Versuch des französischen Ministerpräsidenten Laval, eine Verschiebung der Lausanner Konferenz dadurch herbeizuführen, daß Amerika von sich aus eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums veranlaßt, hat sehr schnell eine scharfe Ablehnung von Seiten der Vereinigten Staaten erfahren.

Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, ermächtigt, Laval mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten augenblicklich eine verbindliche Stellungnahme zur Frage einer Verlängerung des Schuldenmoratoriums ablehnen. Die Initiative müsse von den europäischen Staaten ausgehen, die unter sich eine Einigung erzielen und dann wieder an Amerika herantreten sollten.

Sowohl die demokratischen als auch die republikanischen Parteiführer im Abgeordnetenhaus gaben Erklärungen ab, in denen sie sich erneut gegen eine Verlängerung des Moratoriums aussprachen.

In amtlichen amerikanischen Kreisen ist man nach wie vor der Meinung, daß die meisten der Schuldnerstaaten Amerikas, Frankreich an der Spitze, sehr wohl in der Lage seien, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wenn sie ihre Rüstungsausgaben einschränken.

Amerika hat es also, wie nach den Vorgängen der letzten Wochen nicht anders zu erwarten war, erneut abgelehnt, sich in die europäischen Verhältnisse noch einmal einzumischen und behält sich seine Stellungnahme vor bis nach einer Tribut- und nach der Abrüstungskonferenz.

Diese Stellungnahme Amerikas dürfte Laval von Anfang an bei seinem Vorschlag klar gewesen sein, und es handelt sich dabei anscheinend nur um einen Versuch die Verantwortung für ein Scheitern der Lausanner Konferenz von Frankreich abzuwälzen. Das dürfte Laval aber nicht gelingen, denn wenn die Tributkonferenz jetzt nicht zustande kommt, wie es immer mehr den Anschein gewinnt, so weiß alle Welt, daß es Frankreich ist, das sie zu Fall gebracht hat, und zwar nicht aus wirtschaftlichen oder finanziellen Erwägungen heraus, wie es sich so gern den Anschein geben möchte, sondern aus machtpolitischen Gründen, um Deutschland weiter in den Fesseln der Tribute zu fesseln und niederhalten zu können. Die Reichsregierung hat eindeutig ihren Standpunkt festgelegt, daß eine Weiterzahlung der Reparationen für Deutschland nicht in Frage kommt. Sie muß jetzt, will sie sich nicht selbst aufgeben, bei ihrem Wort bleiben, ob mit oder ohne Tributkonferenz. Die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands ist durch das Vaselet Gutachten festgestellt worden.

Jede Wiederaufnahme der Zahlungen wäre nicht nur ein Verbrechen an Deutschland, sondern auch ein Verbrechen an der ganzen europäischen Wirtschaft, denn sie würde den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands und damit Europas besiegeln, das dadurch eine leichte Beute für westlichen Hochkapitalismus oder östlichen Bolschewismus.

Die englische Regierung hat durch ihren Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, sondieren lassen, ob die deutsche Regierung mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr, d. h. bis zum 30. Juni 1933, einverstanden sein würde. Reichkanzler Dr. Brüning hat in ablehnendem Sinne geantwortet.

Lausanne geplagt?

Frankreich will nicht hingehen.

Die Londoner Kabinettsitzung, in der die Entscheidung fallen sollte, ob die Einladung nach Lausanne aufrechterhalten werden soll oder nicht, ist erneut vertagt worden. Die französische Regierung hat die Einladung Englands noch immer nicht beantwortet und zeigt sich entschlossen, nicht nach Lausanne zu gehen. Daß die Lausanner Konferenz abgesetzt werden wird, ist jetzt fast schon eine Gewissheit. Kommt die Tributkonferenz nicht zustande, so wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, auf anderem Wege zur Endlösung der Tributfrage, die jetzt, und zwar schnell auf jeden Fall erfolgen muß, zu gelangen.

Lausanne nun am 28. Januar?

Zu Pariser politischen Kreisen verlautet, daß der Beginn der Lausanner Tributkonferenz vom 25. auf den 28. Januar verschoben werden solle. Grundsätzliche Beschlüsse seien jedoch weder in London noch in Paris gefaßt worden, da man den Ausgang der Abstimmung in der französischen Kammer abwarten wolle. Tatsächlich bleibt die Frage also noch vollkommen in der Schwebe.

Am 25. Januar „technisch nicht mehr möglich“.

England bemüht sich weiter um Vorvereinbarungen.

Das englische Kabinettsbesitzung beschäftigte sich mit der Tributfrage und beschloß, die weitere Erörterung hierüber auf einen anderen Tag in der Woche zu verschieben. Die Verhandlungen der englischen Diplomatie mit Paris und Berlin, um einen Ausgleich zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt zu schaffen, in der Hoffnung, daß die Lausanner Konferenz doch noch zustande kommt, sind fortgesetzt worden. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Da sich diese Verhandlungen mindestens bis Freitag hinziehen werden, da auch die parlamentarische Lage in Frankreich hierbei zu berücksichtigen ist, ist man in London der Ansicht, daß ein Zusammentritt der Lausanner Konferenz am kommenden Montag technisch unmöglich ist. Sollte es noch möglich sein, irgendwelche internationalen Vereinbarungen zustande zu bringen, so will die englische Regierung daran festhalten, daß die Konferenz von verantwortlichen Ministern befristet wird.

London amtlich: Kein Beginn am Montag.

Eine vom englischen Auswärtigen Amt ausgegebene Verlautbarung besagt, daß die Besprechungen zwischen den an Lausanne hauptsächlich interessierten Mächten noch nicht beendet seien. Es sei jedoch klar, daß die Konferenz nicht am nächsten Montag beginnen könne, wie man es ursprünglich beabsichtigt habe. Die englische Regierung hoffe, daß es möglich sein werde, zu einer zufriedenstellenden Einigung hinsichtlich des weiteren Fortganges der Verhandlungen während der nächsten Tage zu kommen.

Wie sich Frankreich die Sicherung des Friedens denkt.

Berlin zu Lavals Erklärungen.

Lavals Erklärung vor der Kammer wird in Berliner politischen Kreisen lebhaft besprochen. Die Aufzählung der verschiedenen Vorschläge, die die französische Regierung bisher zur Sicherung des Friedens gemacht hat, wird hier dahin ausgelegt, daß es Frankreich nicht so sehr auf die Sicherung des Friedens ankomme als auf die Sicherung des status quo. Die Ausführungen Lavals über die Abrüstungsfrage bedeuten sich, wie festgestellt werden muß, durchaus mit den Ansichten, die der französische Vertreter für die Abrüstungskonferenz, Fabry, vor einigen Tagen geäußert hat und die in Deutschland starke Ablehnung erfahren haben.

Was hat Deutschland bereits gezahlt?

Internationaler Untersuchungsanspruch.

Der französische Abgeordnete Leon Blum hat in der Kammer die Einsetzung eines internationalen Ausschusses angeregt, der feststellen soll, wie hoch die Schäden im französischen ehemals besetzten Gebiet bzw. die dafür von Deutschland bereits geleisteten Zahlungen sind. Der sozialistische Abgeordnete steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland noch nicht genug gezahlt hat. Es ist anzunehmen, daß der Ausführung dieses Vorschlages deutscherseits kein Widerstand entgegengekehrt wird.

10 Jahre Stillhaltung?

Berlin, 20. Januar. Der Berliner Börsen-Courier meldet: Wie wir hören, ist bei den Berliner Stillhalterverhandlungen neuerdings überraschenderweise wieder der schon bei Konferenzbeginn erörterte Plan einer zehnjährigen Stillhaltung in den Vordergrund gerückt. Nach unseren Informationen soll sich dieser Plan nur auf die Barkredite beziehen, und zwar sollen diese in halbjährigen Quoten von je fünf v. H. in Devisen getilgt werden. Gleichzeitig ist aber in diese Konstruktion ein gewisser Transferschutz für die Reichsbank eingebaut worden. Der Schutz ist in der Weise gedacht, daß die Reichsbank das Recht haben soll, die Devisen bei Fälligkeit nur soweit zur Verfügung zu stellen, als es ihr auf Grund ihrer Devisenposition möglich ist. Am Falle eines solchen „Transferschutzes“ soll ein Gemeindefiskalkomitee der Gläubiger und Schuldner zusammenrufen und darüber befinden, ob und in welchem Umfange die Reichsbank Devisen für die Bezahlung der fälligen Quoten verfügbar machen kann. Ferner enthält der Plan den Vorschlag, das vorher eine Sicherstellung der Barkreditsforderungen in Höhe von 15 v. H. erfolgen soll. Bei Durchführung dieses Planes werden die jährlichen Devisenforderungen an die Reichsbank für die Tilgung der Barkredite auf etwa 120 Millionen Mark gesenkt. Die Rembourskredite bleiben außerhalb der Regelung. Sie sollen, wie schon früher geplant, so behandelt werden, daß die unangenußte Kreditlinie, soweit sie 10 v. H. der Gesamtkreditlinie beträgt, auf die Tilgung angerechnet wird, wir mithin vorläufig nichts mehr zu zahlen hätten. An der einjäh-